

Zürich, 9. Februar 1998

KR-Nr. 60/1998

ANFRAGE von Werner Gubser (SVP, Zürich)

betreffend Teilschliessung des Kantonalen Polizeipostens Rathaus

Im Polizeiposten Rathaus Zürich leisten, unter der Aufsicht eines Gruppenchefs, zwei bis vier Funktionäre der Bereitschaftspolizei Dienst. Der Polizeiposten ist rund um die Uhr bedient und geöffnet. Fahndungs- und Ausrücktätigkeit ist somit 24 Stunden gewährleistet. Die heutige prekäre Personalsituation im Korps soll nun eine zeitweise Schliessung des Polizeipostens Rathaus, ab 1. März 1998, unumgänglich machen. Die neue Situation würde darauf hinweisen, dass insbesondere zur Nacht- und Randzeiten, sowie an Wochenenden, interventionsmässige Hilfeleistungen nicht mehr angeboten werden können. Ratsuchende Bürgerinnen und Bürger, welche unter anderem auch Anzeigen erstatten möchten, werden künftig einen geschlossenen Polizeiposten vorfinden.

Aufgrund der vorliegenden Umstände ersuche ich daher den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten, wofür ich bestens danke:

1. Lässt sich eine Schliessung des zentralsten und wichtigsten Polizeipostens der Kantonspolizei Zürich politisch rechtfertigen?
2. Der Rathausposten konnte seinerzeit nach längeren Diskussionen im Kantonsrat und Zustimmung vom Volk renoviert bzw. umgebaut werden. Die Stimmbürger wurden im Vorfeld der Abstimmung auf die unabdingbare Notwendigkeit einer Postenerneuerung hingewiesen, wobei insbesondere das Sicherheitsempfinden der Bürger angesprochen wurde.
Wie lässt sich die bevorstehende Postenschliessung denjenigen gegenüber rechtfertigen, welche dem aufwendigen Postenumbau von über 10 Millionen Franken seinerzeit zugestimmt haben?
3. Der Polizeiposten Rathaus befindet sich in unmittelbarer Nähe des Parlamentsgebäudes. Im Rathaus Zürich finden wöchentlich, regelmässig die Sitzungen des Regierungs-, des Kantons- und des Gemeinderates Zürich statt.
Wer garantiert in Zukunft für die Sicherheit und den Schutz des Ratsbetriebes und der Gebäude?
Schon wiederholt hat die Polizeidirektorin in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, dass der Sicherheit der Bevölkerung hohe Priorität beigemessen werde, weshalb ein Personalabbau an der Front nicht zur Diskussion stehe. Mit der Schliessung des Rathauspostens geschieht das Gegenteil.
Wie lässt sich dieser Widerspruch erklären?

Werner Gubser